

Beantwortung der Wahlprüfsteine - Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein

Zukünftiges Wirtschaften

Das Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hand hat Hebelwirkung und kann Impulse setzen für die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft und Internationale Handelsverträge dürfen nicht nachhaltige Entwicklung im Sinne der SDGs, demokratische Rechte und Sozial- und Umweltstandards gefährden.

1. *Wie setzen Sie sich für Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung und eine Beschaffungspraxis, die Menschenrechte und Fairen Handel sichert, ein?*

Wir wollen als Land Vorreiter bei der Umsetzung unternehmerischer Sorgfaltspflichten zur Einhaltung fairer, sozialer und ökologischer Produktionsbedingungen in der gesamten Lieferkette werden. Die Vergabeordnung des Landes werden wir entsprechend anpassen. Die Minimierung negativer Einflüsse und die Berücksichtigung von Lebenszykluskosten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollten künftig selbstverständlich sein. Wir werden uns dafür einsetzen, das Vergabegesetz des Landes dementsprechend zu reformieren. Die Klimawirksamkeit und die Einhaltung von Menschenrechten müssen künftig Mindeststandards für jegliche öffentliche Vergabe sein. Wir haben mit der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung und Vergabe eine wichtige Beratungsinstitution für Land und Kommunen geschaffen. Wir werden die Arbeit der Kompetenzstelle fortführen und ausbauen.

2. *Was planen Sie, damit Handelsverträge nachhaltige Entwicklung, demokratische Rechte, Sozial- und Umweltstandards wahren? Wie verhalten Sie sich zu Abkommen mit Investor-Staat-Schiedsgerichten?*

Internationale Handelsverträge zwischen Staaten werden auf der nationalen Ebene verhandelt. Wir als Grüne stehen Handelsverträgen dann kritisch gegenüber, wenn mit dem Ziele der Angleichung von Marktbedingungen Standards abgesenkt und nicht auf beiden Seiten möglichst hoch gehalten werden sollen. Wenn es in der kommenden Wahlperiode Verhandlungen zu entsprechenden Verträgen geben sollte, werden wir uns dafür einsetzen, dass vom Land nur solche Verträge mitgetragen werden, die keine Absenkung von beispielsweise Umwelt-, Natur- oder Sozialstandards beinhalten.

Umsetzung der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG)

Die SDGs sind seit der letzten Legislaturperiode Chef*innen-Sache und die Umsetzung der SDG in der Staatskanzlei angesiedelt. Das begrüßen wir sehr, da der Umsetzungsprozess eine Vielzahl von Querschnittsaufgaben mit sich bringt, die nur so erfolgreich bearbeitet werden können. 2020 hat das Land SH seinen Nachhaltigkeitsbericht zur Umsetzung der SDG veröffentlicht und alle fünf Jahre fortgeschrieben werden soll. Die globale Perspektive wird lediglich im Handlungsfeld acht „Globale Verantwortung“ vorgebracht und nicht als Querschnittsthema gedacht und behandelt. Das ist zur Umsetzung der SDG nicht ausreichend.

3. *Werden Sie dies Strukturen zur Umsetzung der SDG in SH beibehalten und hinsichtlich der globalen Perspektive SHs weiterentwickeln, wenn Ihre Partei in die Regierungsverantwortung kommt?*

Ja. Wir werden die Strukturen konsequent umsetzen und den eingeführten SDG-Check auf Initiativen des Landesparlamentes ausweiten. Deshalb wollen wir beim Landtag einen Nachhaltigkeits-Rat als wissenschaftliches Expert*innengremium für nachhaltige Entwicklung etablieren. Dieser soll das zentrale landespolitische Beratungsgremium sein, welches themenübergreifend den Fortschritt bei der Umsetzung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele (SDGs) beobachtet, Informationen bündelt und transparent macht sowie Vorschläge unterbreitet, wie die Ziele erreicht werden können, falls das Land bei der Zielerreichung im Verzug ist. Er soll dem Landtag regelmäßig Bericht erstatten.

Globale Partnerschaften

Im Juni 2021 hat die Ministerpräsidentenkonferenz im Bereich Entwicklungszusammenarbeit festgehalten, dass es „Ein wichtiges Anliegen der Länder ist [es], Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebenen zu initiieren, zu koordinieren und zu unterstützen. Die partnerschaftlichen Aktivitäten mit Staaten, Regionen, Provinzen im globalen Süden gilt es weiter zu verstetigen und auszubauen.“¹

4. *Laut MPK im Bereich EZ ist es ein wichtiges Anliegen der Länder, Partnerschaften auf unterschiedlichen Ebenen zu initiieren, koordinieren und unterstützen. Wie wird Ihre Partei sich dafür einsetzen?*

Schleswig-Holstein hat bereits einige internationale Partnerschaften. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Partnerschaften fortgeführt werden. Insbesondere ist es uns ein wichtiges Anliegen, den wirtschaftlichen und kulturellen Austausch zu intensivieren.

Darüber hinaus setzen wir uns mittels Klimapartnerschaften und einem politischen Netzwerk weit über die Landesgrenzen hinaus für eine klimagerechte Zukunft ein. Ein Problem klassischer Entwicklungshilfe und vieler Entwicklungspartner*innenschaften ist, dass sie bestehende politische und wirtschaftliche Strukturen zu Lasten der Länder des globalen Südens verfestigen. Wir wollen Entwicklungspartner*innenschaften auf Augenhöhe führen. Entsprechende Projekte sollen durch einen Landesfonds ermöglicht werden. Dieser Fonds sollte auch privaten Akteur*innen offenstehen, die einen Beitrag zur Klimapartnerschaft des Landes und der Kommunen leisten wollen.

¹ S. Anlage zu Tagesordnungspunkt 1.2 Entwicklungszusammenarbeit, Unterrichtung 19/308

5. Wir finden, dass Visumszugänge für Menschen aus dem globalen Süden für eine gerechte Welt erleichtert werden müssen. *Werden Sie als Landesregierung Druck auf die Bundesregierung im Bereich Visa vornehmen?*

Auf Bundesebene haben wir uns in den Koalitionsverhandlungen darauf verständigt, dass wir unser Einwanderungsrecht weiterentwickeln und bewährte Ansätze des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wie die Westbalkanregelung entfristen werden. Neben dem bestehenden Einwanderungsrecht werden wir mit der Einführung einer Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems eine zweite Säule etablieren, um Arbeitskräften zur Jobsuche den gesteuerten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die Blue Card werden wir im nationalen Recht auf nicht-akademische Berufe ausweiten; Voraussetzung wird ein konkretes Jobangebot zu marktüblichen Konditionen sein. Zugleich werden wir die Hürden bei der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland absenken, Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen. Außerdem müssen Arbeitsbedingungen in den Bereichen attraktiver werden, in denen bereits jetzt oder absehbar ein Mangel an Fachkräften herrscht. Das werden wir unterstützen.

Globales Lernen/ BNE

BNE und GL sind Bildungsansätze, welche die Gestaltungskompetenz einer solidarischen Welt fördern. Besonders die Akteur*innen aus der nonformalen Bildung bieten wichtige Impulse für ein Engagement für eine Nachhaltige Entwicklung. Das Land hat sich auf den Weg gemacht und dazu eine BNE-Landesstrategie verabschiedet.

6. *Welche Bedeutung messen Sie den zivilgesellschaftlichen Bildungsakteur*innen bei & wie werden Sie diese strukturell und finanziell fördern?*

Wir wollen der Bildung für nachhaltige Entwicklung in unseren Schulen mehr Raum geben: im klassischen Unterricht, in neuen Lernformaten und durch die Kooperation mit außerschulischen Lernorten. Dafür müssen selbstverständlich auch die außerschulischen Lernorte gestärkt werden. Unser Ziel ist es daher, Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen des Bildungssystems als festen Bestandteil der Bildungsziele festzuhalten. Erfolgreiche Praxisbeispiele wollen wir daher gezielt fördern und auszeichnen. Außerdem soll eine Vernetzung zwischen informellen und formellen Bildungsorten gefördert werden. Außerschulische Lernorte müssen beim Erwerb der NUN-Zertifizierung, der Finanzierung und Gestaltung ihrer Angebote sowie der Bekanntmachung ihrer Angebote in Bildungseinrichtungen unterstützt werden.

7. *BNE-Landesstrategie: Wir fordern ein Gremium aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik, welche strategischen Ziele und Aufgaben im Bereich BNE definiert sowie die Entwicklung und die Umsetzung der BNE-Landesstrategie begleitet. Wie steht ihre Partei/Fraktion zu diesem Vorschlag?*

Grundsätzlich stehen wir dieser Idee offen gegenüber. Wir begrüßen die beschlossene Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und wollen diese in Zukunft ausweiten und verstärken. Wir setzen uns dafür ein, dass auch junge Menschen weiterhin in Regionalkonferenzen oder auf Landesebene durch die Jugendaktionskonferenz in die Umsetzung der Strategie mit eingebunden werden.

Landwirtschaft

Im Rahmen des 2021 abgeschlossenen Dialogprozesses vom MELUND, mit landwirtschaftlichen Akteur*innen wurden 24 Thesen für die „Zukunft der Landwirtschaft“ bis 2040 erarbeitet. Boden- und Landnutzung wurde lediglich mit der natur- und nährstoffspezifischen Problematik aufgegriffen, das sozioökonomische Problem der Aneignung von Boden in SH wurde jedoch vernachlässigt.

8. Wird Ihre Partei die bereits bestehenden Leitprinzipien im Sinne einer zukunftsfähigen, ressourcenschonenden, bäuerlichen Landwirtschaft umzusetzen und erweitern?

Ja. Die Leitprinzipien wurden von uns auf den Weg gebracht. Selbstverständlich werden wir sie umsetzen und wo möglich erweitern.